

Valentinstag mit Folgen: Kampf um ein Basler AJZ

Autor(en): Rolf Schenk
Quelle: Basler Stadtbuch
Jahr: 1981

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/stadtbuch/5ecc96f1-f1b2-4f91-b331-51425f55d32b>

Nutzungsbedingungen

Die Online-Plattform www.baslerstadtbuch.ch ist ein Angebot der Christoph Merian Stiftung. Die auf dieser Plattform veröffentlichten Dokumente stehen für nichtkommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung gratis zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrücke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des vorherigen schriftlichen Einverständnisses der Christoph Merian Stiftung.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Online-Plattform [baslerstadtbuch.ch](http://www.baslerstadtbuch.ch) ist ein Service public der Christoph Merian Stiftung.

<http://www.cms-basel.ch>

<https://www.baslerstadtbuch.ch>

Rolf Schenk

Valentinstag mit Folgen: Kampf um ein Basler AJZ

Am 14. Februar 1981 haben sich die Basler Jugendlichen wieder einmal ein Autonomes Jugend-Zentrum genommen. Das dritte insgesamt, wenn die beiden Vorläufer aus der hohen Zeit der Hippies und der politisch agilen 68er-Bewegung dazugerechnet werden. Doch ob nun das «Hotel California» an der Hochstrasse 16 Nummer eins oder Nummer drei war, bleibt so bedeutungslos wie die chronologisch richtige Numerierung der ehemaligen Andlauerklinik am Petersgraben, die ein Mai-Weekend lang von Jugendlichen besetzt wurde: Gemeinsam ist diesen – mit einer Ausnahme – gewaltsam eroberten Freiräumen nur, dass sie inzwischen längst wieder geräumt worden sind.

Die «Bewegung», wie sich der mehr oder weniger militante Teil der Jugendlichen nennt, lässt sich kaum mit Bestehendem vergleichen. Trugen noch die Jugendrevolten der späten sechziger und frühen siebziger Jahre ausgesprochen politische Züge, so gibt sich die «Bewegung» heute bewusst apolitisch. Mehr noch: sie wehrt auch Ansätze zu minimaler Strukturierung ab und duldet nur die Vollversammlung, die Legislativ- und Exekutivorgan zugleich ist. Demokratische Spielregeln sind ihr suspekt, Anarchie und Anachronismus bedingtes Vorbild, Machtausübung ein Greuel. Die Mitglieder kämpfen an verschiedenen Fronten, ohne sich auf mehr als ein Grundziel einigen zu können, das mit der Forderung

nach einem Autonomem Jugend-Zentrum (AJZ) allerdings auch nur sehr unvollständig umschrieben ist.

Beginn in Zürich

Angefangen hat diese neue Phase manifester jugendlicher Unzufriedenheit mit den Opernhaus-Krawallen in Zürich, wo sich Jugendliche vorerst gegen den etablierten Kulturbetrieb zur Wehr setzten, aber schon bald wieder einmal ein AJZ forderten. Im Frühsommer 1980 schwappte die Bewegung auch nach Basel über, wo es wenig später auch zu ersten, allerdings vergleichsweise noch harmlosen Sachbeschädigungen und Demonstrationen kam. Der Kern der «Bewegung» fand den Sommer über bei den Hausbesetzern an der Ryffstrasse Unterschlupf und trat nur sporadisch in Erscheinung.

Theaterwoche als «Auslöser»

Mitten im kalten Winter kam es – angeheizt von einer «Aufarbeitung der Jugendunruhen» durch die Basler Theater – Anfang 1981 zu neuen Demonstrationen und Ausschreitungen. Der zu diesem Zeitpunkt noch knapp 200 bis 300 Jugendliche umfassende Kern der Bewegung stellte der Regierung ein Ultimatum und drohte damit, am Valentinstag (14. Februar) das von der Basler Freizeitaktion betriebene Jugendhaus Sommercasino zu besetzen. Die rund 500 Demonstranten bewegten

sich denn auch an diesem Samstag vom Barfüsserplatz zuerst in Richtung St. Jakobs-Denkmal; aber bevor die vorsorglich im Hintergrund gehaltene Polizei realisiert hatte, dass das vorgegebene Demonstrationsziel eine blossе Finte war, sassen die Demonstranten bereits in der alten Coop-Schuhfabrik an der Hochstrasse 16, die zuletzt als Postprovisorium gedient hatte und von den Initianten der Besetzung fälschlicherweise als Staatseigentum betrachtet wurde. Der zum Abbruch bestimmte Fabrikkomplex war jedoch schon Monate zuvor gegen ein anderes Gelände im Gundeldingerquartier eingetauscht worden: Das besetzte Areal stand zu diesem Zeitpunkt bereits im Besitze der Universal Ingenieur AG, einer Tochtergesellschaft des Schweizerischen Bankvereins und der Suiselctra, deren Unternehmensspitze sich überraschend gelassen gab und gewillt war, den Jugendlichen die Abbruchliegenschaften vorübergehend zur Benützung zu überlassen.

Das von der «Bewegung» besetzte Haus Hochstrasse 16 bei der Räumung.

Die Öffentlichkeit reagiert

Weniger duldsam zeigten sich die lärmgeplagten Anwohner, die sich schon bald von den Jugendlichen nicht nur belästigt, sondern teilweise auch bedroht sahen. Klagen über Ländendiebstähle, Zechprellereien, Gewaltandrohungen und vor allem über Lärmbelästigungen häuften sich schon nach kurzer Zeit. Die Polizei blieb passiv, Interventionen kooperationsbereiter Bürger schufen nur vorübergehend Erleichterung: Die Jugendlichen kosteten ihre Autonomie aus, ohne Konzessionen, ohne Versuch, jenen Konsens herzustellen, der zum Überleben im AJZ notwendig gewesen wäre.

Der schon bald gegründete «Förderverein für ein AJZ an der Hochstrasse 16», der von Pfarrer Alfred Kunz präsi diert wurde und dem zahlreiche Politiker, aber auch verschiedene Vertreter der kirchlichen und der offenen Jugendarbeit angehörten, versuchte mit den Jugendlichen eine tragfähige Basis zu finden. Diese Bemühungen scheiterten letztlich jedoch sowohl am Unverständnis der Öffent-



lichkeit, die den Exponenten des Fördervereins Schwäche vorwarf, weil sie sich in bezug auf das AJZ den Beschlüssen der Vollversammlung unterstellten, als auch an der Obstinanz der «Bewegung» sowie an der Haltung der Behörden, die während langer Zeit jegliche Unterstützung des AJZ ablehnten. Regierungsrat Dr. Peter Facklam sprach vorerst von sofortiger Räumung; später erklärte die Regierung, dass die Besetzung illegal sei, auch wenn sie von der Liegenschaftseigentümerin toleriert werde. Sie sehe sich deshalb ausserstande, sich für das AJZ finanziell oder anderweitig zu engagieren.

Gegen Ende April griffen einzelne Anwohner zur Selbsthilfe: Bürgerwehrähnliche Gruppierungen machten in der Nacht Jagd auf Besucher des AJZ. Diese wiederum bauten die alte Schuhfabrik zur Festung aus, Steine wurden angeschleppt, Molotow-Cocktails gebastelt, und nur noch wenige nahmen zur Kenntnis, dass inzwischen die Besetzung faktisch legalisiert worden war: Die Universal hatte mit dem Förderverein einen befristeten Mietvertrag abgeschlossen, der jedoch nicht mehr zum Tragen kommen sollte.

Krawalle nach der 1. Mai-Feier

Im Anschluss an die 1. Mai-Kundgebung auf dem Marktplatz kam es zu unschönen Ausschreitungen, weil die Kundgebung geschlossen wurde, ohne dass ein Sprecher der «Bewegung» zum Wort gekommen wäre, wie das abgemacht war. Das Podium wurde zerstört und angezündet, eine Gruppe militanter Jugendlicher zog schiebeneinschlagend durch die Freie Strasse und verbarrikadierte sich anschliessend im AJZ. In den Nächten darauf kam es zu Strassenschlachten zwischen AJZ-Besuchern und vorerst als «Baby-Rocker», später als «Faschos» apostrophierten Jugendlichen, die – unter den Augen der Polizei – mit ver-

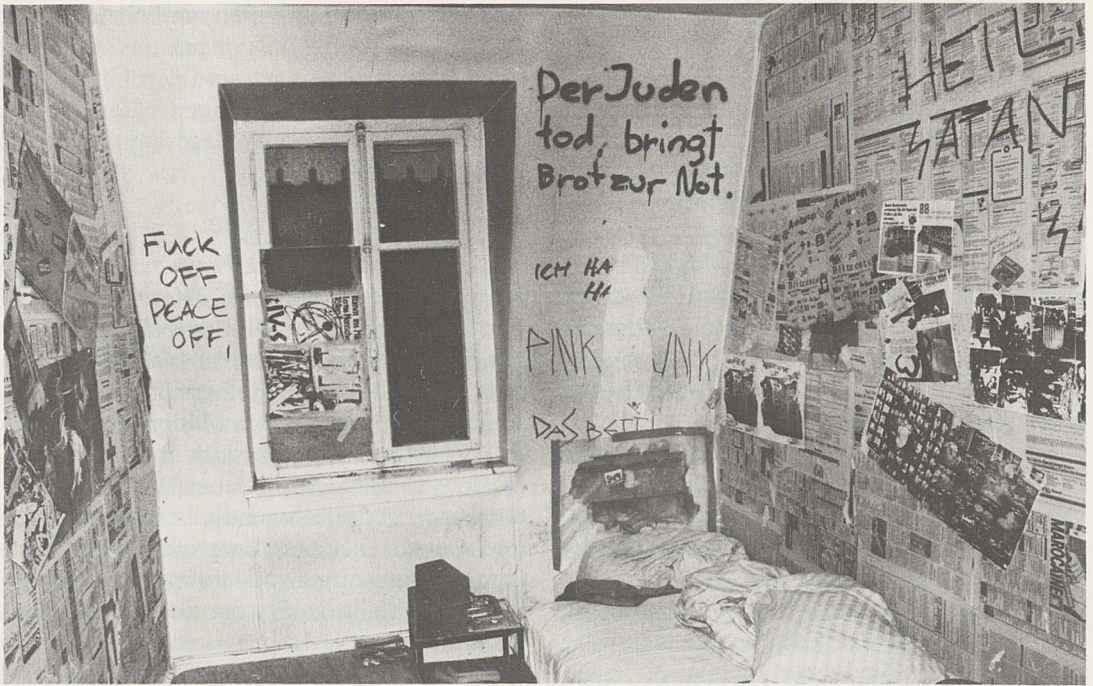
schiedensten Schlagwaffen, mit Steinen und mit Molotow-Cocktails gegen das AJZ und seine Besetzer losgingen und den Grundstein für die späteren Behauptungen legten, die Polizei habe mit dieser Schlägerbande zusammengearbeitet.

Räumung durch die Polizei

Am 5. Mai war es dann soweit: Gegen halb zehn rückte die Polizei an, räumte die Hochstrasse 16 und führte alle Jugendlichen in die alte Strafanstalt über, wo sie bis zur Feststellung ihrer Personalien festgehalten werden sollten. Die Prüfungskommission des Grossen Rates bestätigte später, dass es im «Schällemätteli» zu unbeschreiblichen Szenen gekommen war, weil die Jugendlichen randalierten und die zur Personenkontrolle abkommandierte Polizeiequipe zu klein war. «Die hygienischen Verhältnisse in der alten Strafanstalt waren ungenügend; provisorische Verbesserungen wären wohl trotz der gebotenen Geheimhaltung möglich gewesen», heisst es im Bericht der Prüfungskommission über ihre Abklärungen im Zusammenhang mit den Jugendunruhen, der vom Grossen Rat in seiner September-Sitzung diskussionslos zur Kenntnis genommen wurde.

In der Stadt selbst machten sich bereits am späten Nachmittag jugendliche Demonstranten bemerkbar, die vorerst vor die Strafanstalt zogen und später in der Stadt randalierten, immer verfolgt von Polizeimannschaften im Kampfanzug. Auf dem Barfüsserplatz kam es zu Prügeleien zwischen AJZlern und bewaffneten «Faschos», die mit Ketten auf ihre gleichaltrigen «Feinde» einschlugen, ohne dass Polizeibeamte eingegriffen hätten. Der Zorn der «Bewegung» richtete sich nun sowohl gegen die Ordnungshüter als auch gegen ihre Altersgenossen.

Noch am gleichen Tag hatte Regierungsrat



Karl Schnyder – nach einem Augenschein an der Hochstrasse – die Schliessung des AJZ verfügt, dessen Besucher ursprünglich nur überprüft und dessen Räume kontrolliert werden sollten. Schnyders Entscheid wurde später von seinen Regierungskollegen sanktioniert: Bei der Durchsuchung des AJZ waren der Polizei Waffen und vereinzelt auch Diebesgut in die Hände gefallen. Unter den Festgenommenen wiederum befanden sich einige polizeilich ausgeschriebene Personen, darunter auch Minderjährige.

Nach weiteren, allerdings harmloseren Ausschreitungen fand am darauffolgenden Samstag eine friedliche Demonstration statt, an der anfänglich etwa 3000 bis 4000 Personen teilnahmen, darunter auch erstmals eine Gruppe «Eltern gegen Gewalt». Auf dem langen Marsch durch die Stadt beteiligten sich zeit-

Umfunktioniertes Interieur an der Hochstrasse.

Überfordertes Lavabo im temporären AJZ.



weilig bis zu 10 000 Demonstranten, die von der Regierung bis zum darauffolgenden Samstag eine neue Liegenschaft für die Einrichtung eines Autonomen Jugend-Zentrums forderten.

Sturm auf die Andlauerklinik

In der darauffolgenden Woche blieb es verhältnismässig ruhig: Die Jugendlichen trafen sich zu Vollversammlungen auf dem Petersplatz, und am 16. Mai versammelten sich gegen 2000 Demonstranten auf dem Marktplatz, wo sie zur Kenntnis nehmen mussten, dass die Regierung nicht auf ihre Forderung eingegangen war. In einem langen Zug marschierten die Jugendlichen vorerst – streng kontrolliert von ihrem eigenen Ordnungsdienst, der Sachbeschädigungen zu verhindern suchte – gegen die St. Johannis-Vorstadt. Am Totentanz rannte die Zugsspitze plötzlich Richtung Petersgraben und besetzte innert kürzester Zeit die ehemalige Andlauerklinik. Die Polizei griff vorerst nicht ein und beschränkte sich auf die Verkehrsregelung, die erst recht notwendig wurde, als einige Besetzer mit aufgefundenem Mobiliar und ausgehängten Türen auf der Strasse ein Feuer entfachten. Nachdem die Regierung jedoch erklärt hatte, dass eine Besetzung von Staatsliegenschaften keinesfalls geduldet würde, rechneten die Jugendlichen mit einer baldigen Räumung durch die Polizei. Vertreter der Elternbewegung und später auch vier SP-Grossräte versuchten in Gesprächen mit dem Polizeikommandanten, diese Räumung zu verhindern oder doch mindestens hinauszuschieben, um den politischen Behörden Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, mussten jedoch unverrichteter Dinge wieder abziehen. Am frühen Montagmorgen räumten Polizeigrenadiere in einer vergleichsweise friedlichen Aktion die besetzten Häuser am Petersgraben

9/11, deren «Bewohner» sich fast ausnahmslos ohne Widerstand abführen liessen.

«Bewegung» bröckelt ab

Am gleichen Abend versammelten sich die Jugendlichen wieder auf dem Petersplatz, formierten einen Protestzug und marschierten vorerst – ohne grösseren Schaden anzurichten – durch die Stadt zurück zur Andlauerklinik, wo es zu einem Sit-out und kläglichen Versuchen kam, die beiden von Polizisten bewachten Häuser nochmals zu stürmen. Während ein Teil der Demonstranten in der Folge eigene Wege ging, formierte sich der militante Teil zu einem neuen Zug, der zwischen dem Petersplatz und dem Bahnhof unzählige Schaufenster einschlug und sich immer wieder mit den Polizeigrenadiern anlegte. Rund um den Bahnhof SBB wurden dann zahlreiche Jugendliche und auch ein mit Presseausweis legitimierter Journalist festgenommen.

An die für den darauffolgenden Tag angekündete Vollversammlung delegierte der Regierungsrat Jugendamt-Leiter Rudolf Henrich, der den Jugendlichen ein Gespräch mit Justizdirektor Facklam anbot, der jedoch nur eine Delegation empfangen wollte, was von der Vollversammlung abgelehnt wurde. Die anfänglich dienstags und freitags durchgeführten Vollversammlungen wurden mehr und mehr zu reinen Selbstdarstellungsveranstaltungen, die nur gelegentlich durch spontane Aktionen wieder Auftrieb erhielten. So zog ein Demonstrationszug vor die Wohnung von Regierungsrat Facklam, um das angebotene Gespräch zu «führen», traf jedoch nur auf Polizisten und musste unverrichteter Dinge wieder abziehen. Immer weniger Jugendliche nahmen an den Vollversammlungen teil, und auch ein für Samstag, 30. Mai, angekündetes Fest auf dem Theaterplatz fand anfänglich wenig Resonanz.

Fussballfans und «Bewegung» vereint

An diesem Samstag, an dem auf dem Fussballstadion St. Jakob das Länderspiel Schweiz-England über den Rasen ging, wurde die Polizei eindeutig überfordert: Während sich im und um das Stadion die Fans in den Haaren lagen, drang eine Gruppe Jugendlicher ins Theater ein. Auf ihrer anschliessenden Flucht Richtung Aeschenplatz zertrümmerten sie eine Unmenge von Schaufensterscheiben. In einer zweiten Welle gingen zwischen dem Rümelinsplatz und dem Bankenplatz, vor allem aber rund um den Barfüsserplatz, weitere Schaufenster in die Brüche. Auf dem Barfüsserplatz stand der eilends aufgebotenen Polizei eine vereinte Menge von AJZlern, vorwiegend englischen Fussballfans und Gaffern gegenüber, die schliesslich mit Tränengaseinsät-

zen und kurzen Feuerstössen von Gummigeschossen weit nach Mitternacht auseinandergetrieben wurde. Bis nach den Sommerferien herrschte darauf – abgesehen von gelegentlichen Versuchen, das seit Beginn immer wieder als AJZ reklamierte alte Gaswerk-Areal zu stürmen – weitgehend Ruhe. Am 15. August kam es zu einer weiteren Demonstration, an der erstmals auch etwas versöhnlichere Töne aufklangen und Ziele genannt wurden, die über die blossе Forderung nach einem AJZ hinausgingen. Die Kundgebung endete schliesslich mit einem kühlen Bad im Rhein, nachdem es zu Beginn noch danach ausgesehen hatte, als ob es zu weiteren Auseinandersetzungen mit den «Faschos» käme, die in der

Besetzung der ehemaligen Andlauerklinik am Petersgraben.



Freien Strasse die Demonstranten mit Tränengas-Spray eingedeckt hatten.

Reaktionen

Die Demonstrationen und vor allem die Zerstörungswut der Jugendlichen hat in der Öffentlichkeit zu den unterschiedlichsten Reaktionen geführt. Während sich im Grossen Rat die Interpellationen zu den Polizeieinsätzen und dem Treiben der rechtsradikalen «Faschos» häuften, griffen Bürger teilweise zur Selbsthilfe. Bemerkenswert war jedoch, dass sich die Diskussionen hauptsächlich um die Auswirkungen, nicht aber um die Ursachen der Jugendunruhen drehten. Die Eidgenössische Kommission für Jugendfragen, die erst eine gewisse Bedeutung erlangte, als ihr 1980 erschienener Bericht vom deutschen Bundeskanzler öffentlich gelobt wurde, hatte in ihren «Thesen zu den Jugendunruhen» zwar davor gewarnt, in den Gewalttätigkeiten bloss Selbstzweck oder Zerstörungswut jugendlicher Extremisten zu sehen. «Gewalttätigkeit und Radikalität sind Folgen einer Isolation, unter der in unserer Gesellschaft sehr viele Menschen aller Generationen leiden. Dass die Mehrheit der Jugend sich ruhig verhält, darf nicht zum Schluss verleiten, dass sie innerlich ruhig und zufrieden sei», schreibt die Kommission, die auch die «Drahtzieher-Theorie» ablehnt, wonach die Unruhen von politischen Extremisten des linken Lagers geschürt worden seien, wie das nicht nur von den politischen Behörden des bürgerlichen Lagers vermutet wird. Im Gegenteil: Die «Trittbrettfahrer» aus dem linksextremistischen Lager, die diese «Bewegung» zum Teil sogar mit konstruktiven Vorschlägen zu «manipulieren» versuchen, werden immer wieder ausmanövriert. Ihnen wird mit dem gleichen Misstrauen begegnet wie den Kreisen um den ehemaligen Förderverein, die zwar zu kritischer So-

lidarität bereit sind, aber zwangsläufig auch auf das Einhalten minimaler, demokratischer Spielregeln drängen.

Autonomie oder Freiraum?

Strittigster Punkt in der Auseinandersetzung um das AJZ ist der Begriff «Autonomie», der beidseitig mit Maximalforderungen belegt ist, die so für die Gegenseite inakzeptabel sind. Die Regierung unterstellt der «Bewegung», dass sie einen absolut rechtsfreien Raum beansprucht, während die Jugendlichen diese Interpretation als Verweigerung jeglicher Selbstbestimmungsrechte auslegen. Zu dieser Einschränkung kommen seitens der Regierung weitere Restriktionen: Sie will die Öffnungszeiten eines allfälligen Jugendzentrums ebenso begrenzen wie das Alter der Besucher. Für die Exponenten der Jugendarbeit, die noch vor den Sommerferien zweimal mit einer Regierungsdelegation diskutiert haben, ist aber ganz klar, dass Selbstverwaltung und Eigenverantwortung grundlegende Voraussetzungen für ein Jugendzentrum sein müssen. BFA und Pro Juventute haben denn auch klar zu verstehen gegeben, dass nur ein selbstverwaltetes Jugendzentrum eine Chance hat, von den Jugendlichen akzeptiert zu werden. Die Regierung ihrerseits hat aus dem Scheitern des Experimentes Hochstrasse und den auch nicht eben nur positiven Erfahrungen mit dem Zürcher AJZ geschlossen, dass zuviel Freiraum die Jugendlichen überfordert. Diese wiederum werfen der Regierung vor, dass sie nicht nur jede finanzielle Hilfe abgelehnt, sondern sie auch in der ständigen Furcht vor einer Räumung habe leben lassen und so die Entwicklung eines Modells behindert habe. Die Anläufe der Regierung, die von den verschiedensten Kreisen immer wieder geforderte «Verbesserung der Lebensqualität» an die Hand zu nehmen, sind in den Augen der Ju-

gendlichen bis jetzt nur Versprechen geblieben, deren Realisation an den sogenannten Sachzwängen gescheitert ist. Ihrer Forderung nach Freiräumen will die Regierung nicht nachgeben, weil sie in einem Rechtsstaat nicht zweierlei Recht schaffen kann. Andererseits ist es an den politischen Behörden, Freiräume zu definieren, Spielregeln aufzustellen und für ihre Einhaltung zu sorgen. Die Jugendlichen halten dem entgegen, dass sie nichts zu verlieren haben als ihre Angst, eine Angst, die sie zu Dingen treibt, die in den Augen der Öffentlichkeit nicht mehr toleriert werden können. «Man kann Schreckliches tun, wenn man schrecklich unglücklich ist», stand einen Sommer lang auf einer Bretterwand am Marktplatz zu lesen – unglücklich machen die «Bewegung» die Zerstörung der Umwelt, die zunehmende Technisierung der Arbeit, der ständig wachsende Leistungsdruck, die sie als eine andere, weit perfidere Form von Gewalt empfindet, die als gegeben hingenommen werde, der jedoch nur mit Gegengewalt geantwortet werden könne.

Gewalt als Mittel zum Zweck

Statt sich mit den Ursachen der Jugendunruhen zu beschäftigen, haben sich beide Seiten während Wochen und Monaten immer wieder die gegenseitigen Gewaltakte aufgerechnet, die beidseitig Spuren und Wunden zurückgelassen haben. Obwohl von seiten der Polizei immer wieder die «Verhältnismässigkeit des Einsatzes» angeführt wurde, machte die Gegenseite schwerwiegende Kompetenzüberschreitungen geltend, ohne einzugestehen, dass Ursache und Wirkung untrennbar zusammengehören. Psychische und physische Gewalt als Mittel zum Zweck wurde jedoch beidseitig eingesetzt, lenkte von den Problemen ab und verhärtete die Fronten. Im Bericht der grossrätlichen Prüfungskom-

mission, die diesen Fragen nachgegangen ist und vor allem auch die angeblichen und tatsächlichen Übergriffe der Polizei untersucht hat, heisst es dazu: «Unter Berücksichtigung der Überforderung der Polizei, speziell am 5. Mai, darf nicht erstaunen, dass bei ihr das Verhalten der Anti-AJZ-Schlägergruppen weniger Anstoss erregte als dasjenige der AJZ-Demonstranten. Ob eine klare Trennung in diese beiden Gruppen überhaupt möglich war, ist nicht erwiesen. Bei tumultartigen Szenen und gegenseitigen Attacken von Gruppierungen kann sich die Polizei aufgrund ihrer Einsatzdoktrin nicht einzelner Fälle annehmen. Dadurch und durch das Anbieten der Anti-AJZ-Schlägergruppen bei der Polizei konnte nach aussen der Eindruck einer Zusammenarbeit von Polizei und Anti-AJZ-Schlägergruppen entstehen. Behauptungen über Anwerbung von jugendlichen Helfern durch die Polizei, wie sie von der Gruppierung «Eltern gegen Gewalt» gegenüber der Prüfungskommission aufgestellt wurden, sind nicht belegt worden. Mit Ausnahme der (von der Polizei zur Verhinderung von Gewalttaten gesuchten) Kontakte konnte die Prüfungskommission aufgrund der Unterlagen und Berichte keine Zusammenarbeit der Polizei mit den Anti-AJZ-Schlägergruppen feststellen.» Die Prüfungskommission, deren Bericht die Ereignisse zwangsläufig nur punktuell und unvollständig wiedergibt, hat allerdings «den Eindruck gewonnen, dass sich die Anführer (der «Faschos») gegenüber den Jungen als Angehörige der Polizei ausgegeben haben». Im übrigen hat sie jedoch eher zurückhaltend und nach dem Grundsatz «in dubio pro reo» die Ereignisse kommentiert, ohne indessen ganz alle Zweifel auszuräumen. Viele der Anschuldigungen werden letztlich wohl erst, wenn überhaupt, in den beidseitig angestrebten Strafprozessen geklärt werden.